

Bezugspreis
für halbe monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.65 Mark
ausschließl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
entschiedensten Falle unter
Bezugnahme der Zeitung unter
Bezugnahme der Zeitung. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Zooke-Zeitung“ gestattet.
Genau auf der Schriftleitung Nr. 1142,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Abend-Ausgabe.

Zooke-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 7er-Spalten 38 mm breite
Kolonnen oder deren Raum mit
30 Pf. u. 10% Zuschlag berechnet
und in anderen Anzeigenspreisen u.
allen Anzeigenspreisen ange-
nommen. Die 7er-Spalten 38 mm
Kolonnen die 78 mm breite Zeile
1 M. u. 10% Zuschl. Anzeigen-
annahme erfolgt vom 11 Uhr
für die Sonntag-Dr. abds. 6 Uhr.
Abbestellungen, soweit zulässig,
müssen schriftlich erfolgen. Erfül-
lungsort: Halle a. S. Erscheint tägl.
2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit.
u. Geschäfts-Verwaltung: Halle, Gr.
Draußenstr. 17. Lieben-Geschäfts-
stell.: Markt 24 u. Dr. Ulrichstr. 32.

Nr. 108.

Halle, Dienstag, den 5. März

1918.

Die weitere Haltung Japans.

Verstärkte Kampfstärke an verschiedenen Stellen der Westfront. — Der Waffenstillstand mit Rumänien.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 5. März.

Westlicher Kriegsausplau.
Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und
Deutscher Kronprinz.

Bestehende Erkundungstätigkeit an vielen Stellen der
Front. Nördlich von Reims und auf dem östlichen Maas-
ufer war die französische Artillerie vielfach reg.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Auf den östlichen Maas-Höhen tagsüber heftiger Feuer-
kampf. Starke französische Abteilungen brachen am Abend
um Angriff gegen unsere Stellungen östlich von Vouilly vor.
Sie wurden im Gegenstoß zurückgeschlagen. Auch an der
lohringischen Front und in den mittleren Vogesen herrschte
gezeiten erhöhte Gefechtsstätigkeit.

Ostlicher Kriegsausplau.

Die Rumänen haben unsere Bedingungen angenommen.
Somit tritt der Waffenstillstand mit Rumänien von neuem
in Kraft.

Von den anderen Kriegsausplänen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

16500 Tonnen versenkt.

Berlin, 4. März. (Amtlich.) Neue U-Boot-Erfolge auf
dem nördlichen Kriegsschauplatz:

16500 Brutto-Registertonnen.

Unter den Schiffen befanden sich zwei wertvolle tief be-
labene Dampfer von 7000 und 5000 B.-R.-T., die an der
Westküste Englands versenkt wurden. Einer derselben
habe, aus der besonders schweren Detonation, die dem Tor-
pedobatteree folgte, zu schließen, Munitionsladung an Bord.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Vor der Unterzeichnung des rumänischen Friedensvertrages.

Bukarest, 5. März. (Eigene Drahtnachricht.) Man
rechnet hier da, daß der Friedensvertrag zwischen den
Zentralmächten und Rumänien heute, spätestens
aber morgen unterzeichnet wird, da bereits alle zur
Unterzeichnung bevollmächtigten Persönlichkeiten in Bukarest
eingetroffen sind.

Nach weiteren Berichten aus Jassy hat die rumänische
Bevölkerung bisher nichts über die Friedensverhandlungen
mit den Zentralmächten erfahren. Der Preß ist jede Ver-
öffentlichung des ihr von privater Seite zugehenden Ma-
terials über die Besprechungen in Bukarest verboten. Es
werden nur amtliche Mitteilungen zugelassen, die aber nichts
Genaueres enthalten und der Öffentlichkeit mit keinem
Worte Aufschluß über die wahren Vorgänge in Bukarest geben.

Die japanische Heeresorganisation.

Vormarsch bis zum Ural?

Amsterdam, 5. März. (Eigene Drahtnachricht.) Aus San
Francisco wird gemeldet: Die japanische Heeres-
organisation nimmt einen großen Umfang
an. Auf Korea ist ein großer Übungsschauplatz errichtet wor-
den zur Ausbildung junger Mannschaften. Die Mobil-
machung von zwei Heeresjägerregimenten wurde in Tokio ange-
ordnet.

Nach weiteren Berichten haben die Japaner in Gemein-
schaft mit der sibirischen Regierung Verhandlungen ange-
knüpft mit der sibirischen Regierung, um auch deren Hilfe
gewährleistet zu erhalten und dadurch eine längere Front ver-
teidigen zu müssen.

Die Londoner Regierung beschäftigt sich augenblicklich
mit der ostasiatischen Frage. Die auf telegraphischem Wege
zwischen Washington, London und Tokio geführten militäri-
schen Besprechungen haben ergeben, daß über 20000 Mann
japanischer Truppen und etwa 10000 Mann amerikanischer
und englischer Truppen für den Einmarsch zur Verfügung
stehen. Es soll die Absicht bestehen, die militärischen Opera-
tionen bis zum Ural anzuordnen.

Japan bleibt neutral.

Wichtiglich Schutz der eigenen Interessen.

Wien, 5. März. (Privattelegramm.) Der östliche
„Secolo“-Berichterstatter vertritt aus autoritativer Quelle
in Rom (japanische Botschaft), daß Japan keinerlei Vorbe-
reitungen zu einer militärischen Aktion gegen die europäi-
schen Mächte, auch nicht gegen russische Truppen beabsichtigt.

Japan bleibt im europäischen Konflikt völlig neutral. Dis-
kussionen sei Japan seit längerer Zeit das Hauptinteressen-
gebiet und Japan wolle nur eine Zunahme seiner Inter-
essensphäre verhindern.

Der Wirrwarr in China.

Präsidentenerf. — Ein Admiral ermordet.

Wien, 5. März. (Privattelegramm.) Der „Königliche
Staatsrat“ wird aus Shanghai vom 1. März gemeldet, daß das
politische Chaos in China sich nicht abklären wird. Die
Präsidenten sind in der Lage, die letzten Berichte aus Peking
zu melden, daß der Druck der Militärschichten wahrscheinlich den Rück-
tritt des Präsidenten zur Folge haben werde. Man nimmt an,
daß er jetzt wie gelangt erhalten wird. Als Beweis der Eifer-
sucht und Unklarheit unter den Sibirianern wird berichtet, daß
der Admiral Sibirianer in Kanton ermordet wurde.

Petersburg und die ostasiatische Frage.

Gegen ein Zusammenwirken Sibiriens mit Japan.

Stockholm, 5. März. (Eigene Drahtnachricht.) In Pe-
tersburg herrscht nach direkten Berichten wieder vollkommene
Ruhe. Man hat sich wieder eingerichtet und die Bevölkerung
geht ihrer Beschäftigung nach. Der Rat der Volkskommissare
hält täglich seine Sitzungen ab, um jetzt über die ostasiatische
Frage zu beraten. Obwohl man sich mit der sibirischen Selbst-
ständigkeit abgefunden hat, will man doch nicht ihr Zu-
sammengehen mit den Japanern zulassen, zumal verschiedene
sibirische Städte, vor allem Irkutsk und Omsk, ausnahmslos
von maximalistischen Anhängern regiert werden.
Richtig soll jetzt einigen Tagen krank sein und an feiner
der Beratungen mehr teilnehmen.

Verhandlungen mit Finnland.

Eine Landung auf den Alandinseln?

Berlin, 5. März. (Eigene Drahtnachricht.) In heftigen
politischen Kreisen erzählt man, daß mit der finnischen Re-
gierung Verhandlungen eingeleitet sind, die in den nächsten
Tagen beendet sein und zu einem regulären Friedens-
vertrage auch mit Finnland führen werden.
Wie gleichzeitige Gerüchte sind nun von den in der Gegend
von Petersburg frei gemobilen Truppen bereits eine An-
zahl für die Hilfsoperation nach Finnland bereitgehalten
worden. Eine größere Landung ist auf den Alandinseln
geplant, um von dort aus die Operationen zur Wiederher-
stellung der Ordnung zu leiten. Der sibirischen Regierung
wurde gleichzeitig von der deutschen Regierung Mitteilung
gemacht, daß Deutschland, wenn es auch auf den Aland-
inseln laude, keinerlei territoriale Inter-
essen an den Inseln habe.

Die Besetzung der Alandinseln durch deutsche Truppen.

Dänische Pressäußerungen.

Kopenhagen, 5. März. (Privattelegramm.) „Eid-
ningen“ meldet, daß die Anführung der Besetzung der Aland-
inseln durch deutsche Truppen auf Schweden wie auf Dänemark
verwirren würde und man allgemein in Schweden eine weitere
Verwicklung befürchtet. Rechtsprechende Äußerungen die Ge-
legenheit zu rechtlichen Einwänden auf die Regierung und auch
„Eidningen“ meint, daß Schweden sich nicht darüber bekümmern
sollte, wenn Finnland deutsche Hilfe begehrt, weil Schweden sich
geweiheit habe, solche zu leisten. Alle Zeitungen, außer „Dagens
Nyheter“, enthalten sich einer militärischen Kritik. Nur diese
Zeitung betont, daß die vorerwähnten Äußerungen, wie z. B. Beset-
zung, wohl hätten besetzt werden können.

Geheime Besprechungen über die Offensive.

Genf, 5. März. (Eigene Drahtnachricht.) Nach Mel-
dungen aus Paris finden dort über die bevorstehenden beider-
seitigen Offensiven noch immer geheime Besprechungen statt.
Wolffach wird in militärischen Kreisen geglaubt, daß ange-
sichts der starken Verbindungen auf beiden Seiten die Deut-
schen eine Offensive an sich heranzutreiben lassen werden, da sie
voraussehen müßten, daß ihnen ein Vordringen nur schwere
Verluste dringen und ihnen eventuell weitere Gebiets-
besetzungen keinesfalls nützen können, da die starken Entente-
truppen diese Gebiete dann doch besetzen würden.

Die Vierbündnis-Offensive bevorstehend.

Wien, 5. März. (Privattelegramm.) Der „Lloyd-
Anzeiger“ berichtet aus Paris: Seit Sonntag werde in der
Presse die große Offensive als unmittelbar bevor-
stehend gemeldet.

(Letzte Doppelzeile siehe auch Seite 2.)

Für das gleiche Wahlrecht.

Der Gedanke des gleichen Wahlrechts arbeitet für sich
selbst. Die Zahl der Organisationen der nationalliberalen
Partei mehrte sich, die sich auf den Boden des gleichen Wahl-
rechts stellen. Die vier nationalliberalen Mitglieder des
Verfassungsausschusses des preussischen Abgeordnetenhauses
müssen immer mehr erkennen, daß sie mit ihrer Abstimmung
gegen das gleiche Wahlrecht die Interessen der eigenen
Partei schwer schädigen. Sie werden erkennen müssen, daß
sie jeden Zusammenhang mit dem Rest verloren haben, und
daß sie in der entscheidenden Abstimmung kein Verhältnis
für das Empfinden des Volkes zeigten. Das gleiche Wahl-
recht soll, das kann nicht oft genug betont werden, keine
Belohnung sein für das, was an der Front und dahinter,
mit der Waage in der Hand im Schützengraben und am
heimatlichen Schraubstock, durch Arbeit und Entbehrungen,
geleistet wurde. Dafür stehen die Leistungen zu hoch. Sie
sind so groß, daß sie sich jeder richtigen Würdigung ent-
ziehen müssen. Aber an dieser Leistungen willen darf kein
Zustand mangelnden Rechts, kein Zustand der Ungerechtigkeit
bestehen. Das, was mit Hilfe der
Nationalliberalen im Verfassungsausschuss beschlossen worden
ist, bedeutet aber noch eine Verschlechterung des bishe-
rigen Zustandes freier und Gerechtigkeit. Deshalb bittet
sich das ganze Volksempfinden dagegen auf und deshalb kann
der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums Dr.
Friedberg im Interesse der von ihm vertretenen Regierung
und auch im Interesse seiner Partei nichts Besseres tun, als
seinen Freunden immer wieder in's Gewissen zu
reden und ihnen ihre Pflichten gegenüber Volk und Staat
recht klar zu machen. Man wird es dankbar anerkennen
müssen, daß sich der Führer der Nationalliberalen, der die
Regierung in der Wahlrechtsfrage bisher schon so energisch
vertrat, dieser Aufgabe mit Eifer und Geschick unterzogen
hat. Seine jüngste Rede vor den nationalliberalen Ver-
tretern des Westens, die wir in ihrem wessentlichen Wort-
laut mitgeteilt haben, verdient aufbewahrt zu werden. Sie
ist ein Dokument, das man jenem rechten Flügel der National-
liberalen, die immer den Anschluß an die Konservativen zu
verfümen begehren, noch oft in künftigen Wahlkämpfen
vorhalten müssen. Mit Recht sagt Friedberg, daß seine
Partei, die sich liberal nennt, hinter dem zurückbleiben kann,
was die Krone hier selbst in Vorhaling gebracht hat. Aber
wird das genügende Einbild auf die schwerindustriellen
Kreise des Westens machen? Werden sie sich befinden und
werden sie erkennen, daß sie hier an der Seite der Konser-
vativen unmöglich dem Staatswohl dienen? Herr Dr. Fried-
berg hat versucht, die befohlenen Gemüter der nationalliberalen
Partei weiter durch den Hinweis zu beruhigen, daß das
gleiche Wahlrecht die beste und befriedigendste Lösung dieser
Frage auch für die eigene Partei ist. Er will damit offenbar
seinen eigenen Parteifreunden sagen, daß ihre parlamen-
tarischen Interessen im gleichen Wahlrecht nicht geringer
sein würden als im Dreiklassenwahlrecht. Er kann damit
recht haben. Das kann aber nur gelten, wenn sich die na-
tionalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses badigt eines
Besseren besinn und das verwirft, was ihre Vertreter bei
der letzten Abstimmung gut geheißen haben. Sie schneller
und je entschiedener die Fraktion als solche in ihrer Mehr-
heit von dem abtritt, was die vier Mann im Ausschuss
an Seite mit den Konservativen beschlossen haben, desto besser
wird das für die Nationalliberalen und ihre weitere Ent-
wicklung sein. Die nationalliberalen Führer müssen sich
darüber klar sein, daß auch nur ein Schwanken verberden-
bringend für den Stand der Partei sein muß. Wenn ihre
Macht in einem neuen preussischen Abgeordnetenhause kleiner
ist als sie es erhoffen, dann werden sie das nicht durch das
gleiche Wahlrecht erklären können, sondern durch die Haltung
der Fraktion in dem nach dem bisherigen Wahlrecht zu-
sammengesetzten Parlament. Recht angebracht war auch die
Betonung Friedbergs, daß die Konservativen durch ihr
früheres ablehnendes Verhalten gegenüber jeder Reform
selbst daran schuld sind, daß nicht ein anderes erforderlich ist,
die ihnen als viel zu radikal erscheint. Er hat berechnet, daß
bei dem gleichen Wahlrecht 22 Prozent der Zusammenlegung
des neuen Abgeordnetenhauses bei einem gleichen Wahlrecht
auf die Sozialdemokratie kommen würden, während bei dem
im Ausschuss von den Konservativen angenommenen Unterge-
n 22 Prozent der Mitglieder auf die Sozialdemokratie und bei
dem geplant gemessenen Dreiklassenwahlrecht (Zulassungen
auf Alter, Selbständigkeit und Bildung) sogar 27 Prozent
entfallen würden. Die Differenz ist also keine so große, und

Politische Fragen im Hauptauschuss des Reichstages.

Die Annische Frage. — Die Verhandlungen mit Rumänien. — Kein Schutz der rumänischen Dynastie! Die Kanzler-Depesche vom 31. Juli 1914.

Ueber den Fortgang der Verhandlungen im Hauptauschuss des Reichstages wird gemeldet:

Abg. Dr. Baumbach (Soz. Fr.) hat mit Sorge unserm Vorgehen in Finnland entgegen; es ist eine Angelegenheit von eminenter politischer Tragweite, nicht nur eine rein militärische Aktion. Mit welchem Recht will man in Finnland vorgehen?

Auch in Schweden erregen wir peinliche Misstimmung. Jetzt ist noch Zeit, einzuklinken. Das letzte an der Beherrschung des Reichstages ist, daß sie nicht überreicht wurde; sie selbst demnach für die Schuldfrage. Die Regierung sollte angesichts der zu erwartenden Debatten sich bereit machen, und nicht den Kopf in den Sand stecken. Auch sollte sie uns Luft zu tun über Rumänien geben.

Abg. Dr. Krieger (nl.): Das

Telegramm vom 31. Juli 1914

war eine interne Infiltration und ist nie Gegenstand der Verhandlungen mit Frankreich gewesen. Sie kann nur durch Diebstahl in die Hände Frankreichs gelangt sein. Die russische Regierung scheint Glauben machen zu wollen, daß sie den Friedensvertrag unterzeichnen, ohne ihn gelesen zu haben, unter einer perfiden Täuschung. Das ist ein Witz. Wir haben keinen Grund, uns für die

Welterklärung der rumänischen Dynastie einzufassen.

Abg. Gothein (Sp.): Unsere Sympathie gehört der weißen Garde in Finnland. Nach den letzten Nachrichten besteht die „weiße“ Regierung zu Recht. Sie wird mit Unterstützung der russischen Volkspartei bekämpft. Allerdings zur Einmischung lag eine Notwendigkeit nicht vor, das wäre allenfalls Sache Schwedens. Die Depesche an von Schön bezieht sich sehr peinlich, es ist eine

Unbegreiflichkeit unserer Diplomatie. Sie war überflüssig, weil die Haltung Frankreichs im voraus feststand. Besteht die Absicht, in der Judenfrage in Rumänien etwas zu tun, gemäß Art. 44 des Berliner Vertrages? Die Gelegenheit wäre gegeben. Hinsichtlich der Petroleuminteressen in Rumänien ist Vorsicht angebracht, die amerikanischen Beziehungen nötig, um unangenehme Rückwirkungen zu vermeiden.

Abg. Ledebour (Ul. Soz.): Hinsichtlich der Judenfrage sind wir derselben Meinung. Bei dem Freiwerden müßte überhaupt Vorsehrung gegen Glaubensverfolgung getroffen werden. Das Interesse der deutschen Kolonien muß bei eventuellen Abtretungen separatischer Gebiete in Rumänien gewahrt werden. Die

Einmischung in Finnland ist schlichtschön schändlich. Die Schweden in Finnland sind staatsrechtlich Finnländer. Die dort stattfindenden Kämpfe entfallen dem Kaiserreich. Es besteht kein Grund, auf die Aalandsinseln einzurücken, zumal es wegen der Eisverhältnisse schwer ist, von dort nach Finnland zu gelangen. Aus der Kanzlerdepesche kann man Rückschlüsse ziehen auf die Intentionen unserer Regierung.

Abg. Graf Helldorf (kon.): Mit Finnland steht es genau wie mit der Ukraine. Der Zweck der Depesche ist mir nicht klar. Offenbar wollte man sich gegen eine Scheinneutralität schützen. Ein aktuelles Interesse hat sie jetzt nicht mehr.

Abg. Feing (Sp.) zu Sphenak-Garol (nl.): Wir sind bis zum Ende der rumänischen Friedensverhandlung vorläufig, so kommen wir zu spät. Wir wünschen, daß die Rechte unserer Bundesgenossen gewahrt werden und daß wir die Wünsche Bulgariens redlich unterstützen. Für die rumänische Dynastie einzutreten, wieder niemand verstehen. Hoffentlich auch die Einflüsse verbindet, die den König Ferdinand zu halten suchen.

Abg. Wehner (D. Fr.): Deutschland sollte Frankreich nicht in den Krieg treiben, die

Depesche dient der französischen Regierung zur Aufrechterhaltung des Volkes.

Das Vorgehen in Finnland ist gerechtfertigt.

Abg. Coert (Soz.): Die finnische Regierung ist nicht doloschweiflich. Auch die Rechtslage in Finnland ist anders zu beurteilen als in der Ukraine. Ein Frieden mit Finnland ist zur Zeit noch nicht abzumachen. Unser Vorgehen ist eine Einmischung in aller Form. Wir müssen uns die Sympathie Schwedens zu erhalten suchen. Die Lage der deutschen Kolonien und der Juden im zukünftigen Rumänien muß gesichert werden. Die Königsfrage ist uns gleichgültig. Die Depesche ist entschieden zu verurteilen.

(Kb.)

allen Seiten, so daß zeitweilig der Detachementsführer nur ein paar Gruppen in Dorpat in der Hand hatte. Nach Tapp wurde eine Lokomotive und ein paar Wagen mit Kavallerie abgeköhlt. Der Zug hatte am ehesten, als er am 24. nach von Petersburg in Verlast einlief. Trotzdem die Smoln-Regierung unter Ultimatum angenommen hat, leisten diese Banden noch Widerstand; die Heilung wird jetzt eben Zeit brauchen. Da aber alle eifrigen Geländewirte auf Seiten deutscher Ordnung stehen, wird die Geländung fortzuehen. Einen Wunsch hat man, wenn man diese deutsche Truppe im Vorsturm sieht, daß sich Herr Trögel einmal persönlich von der Stimmung der Truppe überzeugen und seinen Maximalismus überzeuge. Er hätte den Beweis der Richtigkeit der russischen Armee und der Schwäche seiner Ideen im Lande gar nicht erst vor aller Welt geführt.

Abg. Brandt, Kriegsberichterstatter.

(Kb.)

Die Thronfolge in Mecklenburg-Strelitz.

Neustrelitz, 4. März. Zur Frage der Thronfolge veröffentlicht die nationalliberalen Nachrichten für Mecklenburg-Strelitz in der Landeszeitung einen Aufruf, in dem es heißt:

„daß die Einverleibung in Mecklenburg-Schwerin eine höhere Schädigung für das Land, besonders die Haupt- und Residenzstadt Neustrelitz, bedeuten würde. In einer Zeit, da das Selbstbestimmungsrecht der Völker als unantastbar für politische Bewegungen allgemein anerkannt und befolgt wird, kann man es dem Strelitzer Volke nicht zumuten, sich durch einen Vertrag, den seine Väter vor mehr als 200 Jahren schlossen, gebunden zu

Abg. Gothein (Sp.): Die rumänische Königsfrage ist eine innere Angelegenheit Rumäniens. Aber es wäre unehrlich, wenn Deutschland

sich für diesen König einsetzt. Die Sicherung der rumänischen Juden ist eine internationale Verpflichtung. Von dem Schutz der nationalen Minderheiten gilt dasselbe, natürlich auch von den deutschen Kolonien in Bessarabien.

Abg. Wiers (D. Fr.): Man sollte durch verlässliche zureichende Mitteilungen nicht Enttäuschung hervorgerufen. In dem Los der deutschen Kolonien in Bessarabien haben wir das größte Interesse, sei es, daß sie an den Donaumündungen wohnen bleiben oder zu uns zurückwandern.

Abg. Saake (Ul. Soz.): Sind wir überhaupt im Krieg mit Finnland, dessen Selbständigkeit wir anerkannt haben? Um so auffälliger ist unser Vorgehen.

Unterstaatssekretär Freiherr von dem Busche: Zwischen Schweden und uns ist Verhandelt worden.

Schweden erhebt keinen Widerspruch mehr.

Eine Begehung der Aalandsinseln als Etappe hat noch nicht stattgefunden. Die dynastische Frage ist eine innerumänische Frage. Seit wir die Okkupation haben, geht es den Juden viel besser. Der Wortlaut der Depesche vom 31. 7. 1914 ist in der Presse richtig gegeben. Der Lauf der Dinge ist durch sie nicht beeinflusst worden, da sie der französischen Regierung nicht mitgeteilt wurde. Eine Sicherung war notwendig.

Abg. Gothein (Sp.) bezeichnet die Auskunft über die Judenfrage als wenig beruhigend. Die weiteren Verhandlungen sind zum Teil vertraulich.

Abg. Graf Helldorf: Die Depesche habe ich ursprünglich für eine Fälschung der Feinde gehalten. Eine derartige Zurechnung würde Frankreich und seine Armee niemals ertragen haben.

Damit war die Aussprache erledigt.

Hinsichtlich des Konsulats in Agram wünscht Abg. Dr. Siedelmann (Soz.) besondere Sorgfalt in der Auswahl der Persönlichkeiten mit Rücksicht auf die wichtigen Aufgaben. — Abg. Erberger (Fr.) empfiehlt die Errichtung eines Konsulats in Bukarest.

Unterstaatssekretär von dem Busche erklärt, die Angelegenheit sei bereits in die Wege geleitet. Die Bedeutung des ehemals belienenden Konsulats war bis zum Ausbruch des Krieges zurückgegangen. Jetzt haben wir bereits einen Berufsunfall dort, aber noch nicht im Etat steht. — Dr. Siedelmann lenkt das Augenmerk auf die Gehälter der Konsulatssekretäre. Die Regierung erwidert, daß ihre Bezüge nach einem Kurs ausgesetzt werden, der ihre Schwächung vermeidet, außerdem erhalten sie Teuerungszulagen, die kürzlich erhöht wurden, auch stehen Unterstützungsfonds zur Verfügung.

Abg. Dr. Siedelmann: Die Klagen sind damit noch nicht beseitigt.

Eine Anzahl Petitionen werden dem Reichstagler zur Erwägung überwiesen, insbesondere, soweit sie sich auf die Auslandsdeutschen beziehen.

Es folgt der Etat des Reichsamts des Innern.

Der Berichterstatter führt aus, die Teilung des äußeren Reichsamts des Innern mache zwölf neue vortragende Räte und damit eine unerschöpfliche Mehrzusätze erforderlich.

Staatssekretär Baumbach: Die Teilung war notwendig und wird sich bewähren. Auf das Reichsamt des Innern einstellen nur zwei neue vortragende Räte. Mangelnde sind nur vier Räte wirklich für ihr Amt noch zur Verfügung. Das Arbeitspensum ist sehr groß. Die Aufgaben lassen sich ohne neue Kräfte nicht gründlich und schnell genug erledigen. — Der Berichterstatter erwidert, die zur Zeit fehlenden Kräfte könnten nicht neue Stellen begründen. Die zukünftige Entwidlung lasse sich nicht übersehen, vielleicht wäre mit Hilfskräften auszukommen.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung der ganzen Mehrforderung.

Etat des Reichsamts des Innern bewilligt.

Einige Petitionen betr. die Familienunterstützung. Da die Versorgungsverbände die Aufwendungen zu bestimmen haben, so sind sie sehr zurückhaltend mit der Gewährung. Die einzelnen Bundesstaaten verfahren nach ihren individuellen Bedürfnissen. Eine Reihe von Petitionen bezieht sich auf Jenfurmaßnahmen.

Dienstag: Reichswirtschaftsamt.

„Die Deutschen wollen den Frieden in Petersburg unterzeichnen, wir müssen jetzt dazu streben, die Friedensbedingungen in Berlin diffiziler zu fassen. Die roten Garbitten und die Wozzonen sollen einen Partisanenkrieg führen.“ mit diesem Manifest wollte das Smoln-Institut den Bandenkrieg entfeineln: Die wahrhaftige Unkenntnis des Tatsächlichen spricht aus diesem Unterfangen. Unter Notmarck mit Sturmkompanien konnte durch die Schiffe der roten Garbitten um keine Stunde aufgehalten werden. Zu bebauern sind nur die, die durch Fraße und Wagnis in den Tod gehen. Trotz aller Tragik ist fast etwas Scherisches dabei, wenn die diesen geordneten deutschen Truppen Widerstand leisten wollen. Eine deutsche Huldenkompanie versprengte auf dem Bahnhof in Wolf 200 Mann. Zwölf Infanteristen nahen in einem Feuerwehrauto von Wolf ab, erreichten am 24. um 4 Uhr das Städtchen Werzo, das etwa 5000 Einwohner zählt und sprangen vor dem Rathaus, wo noch das maximalistische Komitee tagt, ab. Die roten Garbitten werfen vor Söndra die Gewehre fort. Einen Augenblick sieht es ernst aus, als aus den Häusern Schüsse fallen und auch noch russische Kavallerie anreitet. Auf die ersten Schüsse der 12 deutschen Infanteristen geben die Russen die Gewehre ab. Das Haus, in dem die rote Garde sitzt, wird beschlagnahmt, 50 Mann werden gefangen, die anderen entlassen, und dann kam die Rache sehr schnell — so jagte mit der Mann von der kleinen Söndra, die eben von Werzo nach Dorpat gekommen war.

Um Dorpat war das Bandenwesen besonders stark, und die Hilferufe von den Gütern kamen am ersten Tage von

Weshalb sich Großherzog Adolf Friedrich das Leben nahm.

(Amthl.) Die Landesregierung für beide Mecklenburg veröffentlicht an der Spitze ihres Blattes folgende Erklärung:

„Um den im Zusammenhang mit dem Ableben Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs Adolf Friedrich unklar gebliebenen Umständen der Herrschaft entgegenzutreten, sieht sich das unterzeichnete Ministerium des Großherzoglichen Hauses zu folgender Feststellung veranlaßt:

Seine Königliche Hoheit der Großherzog bedauert, daß in alternativer Zeit mit einer Prinzessin eines deutschen Fürstentums verheiratet zu werden, deren Namen und Neben die tiefen Eindruck auf ihn gemacht hatte.

Ehe der Großherzog seinen Neigung und seinen herrscherpflichtigen entsprechenden Schritt unternehmen konnte, mußte zunächst Sündenrache beseitigt werden, die in einer früher bedinglichen Verbindung, deren Verwirklichung aber wegen der Schwere der Ehezeitungsfrage nicht möglich war, ihren Ursprung hatten. Die zur Vermeidung dieser bedinglichen gebliebenen Verhandlungen, die längere Zeit in Anspruch nahmen und weitaus höhere Kosten verursachten, als erwartet werden konnte, hatten

um dieses verhältnismäßig geringen Unterschiedes willen sollte ein so schwerwiegender Konflikt geschaffen, das Wort des Königs nicht gehalten werden? Man braucht diese Frage nur aufzuwerfen, um zu dem Schluß zu kommen, wie sehr hier die Konventionen auf dem Boden des engsten Partei-Egoismus stehen. Um eines so geringen Unterschiedes willen wollen sie folgendes: Mit einer Altersstimme sollen die bevorzugt werden, die sich an dem Kriege nicht mehr zu beteiligen brauchen; mit einer Befähigung sollen die begünstigt werden, die während des Krieges zu Hause ein Vermögen erwerben konnten. Die Frontkämpfer, die alt und zeitig waren, um den Kampf für den Weiterbestand des Vaterlandes durchzuführen, sollen in der Heimat als politisch weniger wertvoll erachtet werden. Die Kämpfer aus dem Schützengraben, die fern von der Heimat vielleicht ihr Vermögen verloren, sollen zugunsten der Heimkämpfer zurückgestellt werden. Bisher gab es nur eine militärische Bevorzugung der „Einfährigen“, künftig soll es, wie die Konventionen und ihr nationalliberaler 4 Männer-Anhang wollen, auch noch eine politische Bevorzugung geben. Um der oben dargelegten eventuellen geringen Zurückdrängung der Sozialdemokratie willen sollen nach den Wünschen der Rechten ganze Kategorien von Staatsbürgern eine Zurückstellung empfindlicher Art erhalten. Der Abgeordnete Hoff hat fälschlich die Wirkung eines Wahlrechts nach den Beschlüssen des Ausschusses in folgender Weise dargestellt: Von der Altersstimme abgehen, die jedermann selbstständig erreichen kann, würden von den Mehrstimmen ausgeschlossen sein:

1. fast alle mittleren Beamten in mittleren Jahren, soweit sie nicht das Einjährigeneugnis haben, z. B. alle Militäranwärter;
2. alle Unterbeamten;
3. fast alle Privatangestellten;
4. sehr viele kleinere Gewerbetreibende;
5. alle Staatsarbeiter;
6. fast alle Lohnarbeiter.

Wollen die Nationalliberalen in der Tat ein Wahlrecht mit einer derartigen Wirkung? Sie würden damit die Masse ihrer Wähler verlieren, die sie ihnen zuteil geordnete Entscheidung nicht nur bei der Wahl im Abgeordnetenhaus, sondern auch bei der Wahl zum Reichstage auf Jahre hinaus nicht verpassen könnte. So zeigt sich die Abtötung im Verfassungsausschuß gerade für die Nationalliberalen von den denkbar größten Ungleichheiten. Die Hoffnung, daß sich die Partei dieser Erkenntnis nicht verschließen wird, gibt uns die Zuversicht, daß es nicht beim Beschlusse des Ausschusses bleiben und daß sich die Mehrheit der Nationalliberalen zu der Volkspartei zurückfinden wird, um mit dieser gemeinsam für den Fortschritt einzutreten und dem Volke das Wahlrecht zu geben, das den gerechten Ansprüchen und Erwartungen entspricht.

C. H.

Der Kaiser an den Prinzen Leopold von Bayern.

„In dreieinhalbjährigem Ringen hatte die deutsche Armee im Bereiche mit unzeren treuen Verbündeten den in der erdrückender Uebermacht unser Land bedrohenden russischen Heeren Halt geboten. In ungelähmten Tatkraften wurde der Feind geschlagen und in das Innere seines Landes zurückgeworfen. Die Schlage der verbündeten Heere führten die Zerlegung des russischen Reiches herbei. Am Ende vorigen Jahres lenkte der einst mächtige Gegner im Osten zum erstenmal die Waffen. Über noch einmal mußte ich mein tapferes Offizier zum Kampfe rufen, um den von der russischen Regierung auf dem Wege der Verhandlungen verweigerten Frieden mit dem Schwert zu erkämpfen. Unter Deiner Führung haben meine unvergleichlichen Truppen in wenigen Tagen ihre Aufgabe glänzend gelöst. Es weht der alte Angriffsgedanke in ihnen! Truppen aller deutschen Stämme wetteiferten an Fähigkeit und Ausdauer. In unanfasslichen Tagesmärschen, auf schiefen Wegen, in Eis und Schnee haben sie ihre Wehrgeister her. Der unerschütterliche Siegesglaube im Osten, reich an großen Anstrengungen und Entschlüssen, aber auch reich an Erfolgen, wird ein Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Heeres bleiben. Allen Führern und allen Truppen spreche ich meinen und des Vaterlandes Dank aus. Gott helfe weiter!

Bandenkrieg.

Kriegsbriefe aus dem Osten.

Telegramm unseres zum Offizier entlassenen Kriegsberichterstatters.

(Unberichtigter Nachdruck, aus auszusuchen, verboten.)

Dorpat, 27. Februar 1918.

„Die Deutschen wollen den Frieden in Petersburg unterzeichnen, wir müssen jetzt dazu streben, die Friedensbedingungen in Berlin diffiziler zu fassen. Die roten Garbitten und die Wozzonen sollen einen Partisanenkrieg führen.“ mit diesem Manifest wollte das Smoln-Institut den Bandenkrieg entfeineln: Die wahrhaftige Unkenntnis des Tatsächlichen spricht aus diesem Unterfangen. Unter Notmarck mit Sturmkompanien konnte durch die Schiffe der roten Garbitten um keine Stunde aufgehalten werden. Zu bebauern sind nur die, die durch Fraße und Wagnis in den Tod gehen. Trotz aller Tragik ist fast etwas Scherisches dabei, wenn die diesen geordneten deutschen Truppen Widerstand leisten wollen. Eine deutsche Huldenkompanie versprengte auf dem Bahnhof in Wolf 200 Mann. Zwölf Infanteristen nahen in einem Feuerwehrauto von Wolf ab, erreichten am 24. um 4 Uhr das Städtchen Werzo, das etwa 5000 Einwohner zählt und sprangen vor dem Rathaus, wo noch das maximalistische Komitee tagt, ab. Die roten Garbitten werfen vor Söndra die Gewehre fort. Einen Augenblick sieht es ernst aus, als aus den Häusern Schüsse fallen und auch noch russische Kavallerie anreitet. Auf die ersten Schüsse der 12 deutschen Infanteristen geben die Russen die Gewehre ab. Das Haus, in dem die rote Garde sitzt, wird beschlagnahmt, 50 Mann werden gefangen, die anderen entlassen, und dann kam die Rache sehr schnell — so jagte mit der Mann von der kleinen Söndra, die eben von Werzo nach Dorpat gekommen war.

Um Dorpat war das Bandenwesen besonders stark, und die Hilferufe von den Gütern kamen am ersten Tage von